

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 15. Sitzung (18. TA)

des Rates der Stadt Leverkusen

am Montag, 18.01.2016, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG, Ratssaal

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

Anwesend

Vorsitzender

Uwe Richrath

Oberbürgermeister

SPD

Eva Lux

Bürgermeisterin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gerhard Wölwer

Bürgermeister

CDU

Thomas Eimermacher

Fraktionsvorsitzender

Ursula Behrendt

Annegret Bruchhausen-Scholich

Andreas Eckloff

Tim Feister

Paul Hebbel

Stefan Hebbel

Christopher Krahforst

Bernhard Miesen

bis TOP 4 ö. S.

Rudolf Müller

Albrecht Omankowsky

Christine Richerzhagen

Rüdiger Scholz

Irmgard von Styp-Rekowski

SPD

Peter Ippolito

Fraktionsvorsitzender

Arne Altenburg

Heike Bunde

Ingrid Geisel
Milanie Hengst
Dr. Hans Klose
Dirk Löb
Andrea Lunau
Dieter März
Gerd Masurowski
Oliver Ruß
Sven Tahiri
Jörg Ulrich Theis

bis TOP 5 ö. S.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roswitha Arnold
Dirk Danlowski
Zöhre Gürçali

Fraktionsvorsitzende
bis TOP 4 ö. S.

BÜRGERLISTE

Erhard T. Schoofs
Karl Schweiger
Barbara Trampenau
Peter Viertel

Fraktionsvorsitzender

OP

Markus Pott
Stephan Adams
Malin Munkel

Fraktionsvorsitzender

PRO NRW

Markus Beisicht
Susanne Kutzner

FDP

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens

Soziale Gerechtigkeit

Uwe Bastian
Dietmar Schaller

es fehlen entschuldigt:

CDU

Bernhard Marewski

Bürgermeister

Panagiotis Kalogeridis

Frank Schönberger

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stefan Baake

FDP

Friedrich Busch

DIE LINKE

Vilim Bakaric

Nicole Kumpfert

Einzelvertreter

Manuel Lindlar

Verwaltung:

Frank Stein

Stadtkämmerer

Markus Märtens

Dezernat III

Andrea Deppe

Dezernat V

Ralf Johanns

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Michael Molitor

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Susanne Weber

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Dr. Ariane Czerwon

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke -
Pressestelle

Claudia Odendahl

Frauenbüro

Guido Krämer

Rechnungsprüfung und Beratung

Dietmar Geiser

Finanzen

Marion Lukas

Finanzen

Katrin Arndt

Referentin Dezernat III

Michaele Drescher

Recht und Ordnung

Dirk Terlinden

Umwelt

Friedhelm Laufs

Straßenverkehr

Helga Vogt	Soziales
Sabine Heymann	Referentin Dezernat V
Petra Cremer	Stadtplanung
Christian Kociok	Stadtplanung
Christian Syring	Tiefbau
Lothar Schmitz	Stadtgrün
Doris Krause	Stadtgrün

Gäste:

Christoph Jansen	Straßen.NRW
Thomas Raithel	Straßen.NRW
Hans Schnitzler	Straßen.NRW
Sven Siebert	Straßen.NRW

Zuhörer in nichtöffentlicher Sitzung:

Ina Tannenberger	CDU-Fraktion
Christian Melchert	SPD-Fraktion
Harald Walsdorf	Soziale Gerechtigkeit - Betriebsausschuss Sportpark Leverkusen

Tonbandaufnahme:

Jürgen Tillmann	Gebäudewirtschaft
Roland Kowohl	Gebäudewirtschaft

Schriftführung:

Carsten Scholz	Oberbürgermeister, Rat und Bezirke
----------------	------------------------------------

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>		<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung	7
2	Um- und Ausbau der Bundesautobahnen A1 und A3 auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen	9
2.1	Vorstellung der Ergebnisse aus der Machbarkeitsstudie zum Ausbau der A1 / A3 im Raum Leverkusen durch Straßen.NRW	9
2.2	Resolution zum Um- und Ausbau der Bundesautobahnen A1 und A3 auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen	9
2.2.1	Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 15.01.16 - Nr.: 2016/0939	9
2.2.2	Verwaltungsvorlage - Nr.: 2016/0931	9
3	Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Bundesautobahn A 1 zwischen der Anschlussstelle Köln-Niehl und dem Autobahnkreuz Leverkusen-West einschließlich Neubau der Rheinbrücke Leverkusen	9
3.1	Einwendungen im Planfeststellungsverfahren zum Neubau der Autobahnbrücke der A 1 - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 01.01.16 - m. Stn. v. 14.01.16 - Nr.: 2016/0907	9
3.2	Ersetzung der A 1 - Autobahnbrücke über den Rhein durch einen Tunnel - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 13.01.2016 - Nr.: 2016/0934	9
3.3	Ersatzbau der A 1 - Autobahnbrücke über den Rhein ohne Kapazitätserhöhung - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 14.01.16 - Nr.: 2016/0927	9
3.4	Verwaltungsvorlage - Nr.: 2016/0915	9
4	Unterbringung von Flüchtlingen in Leverkusen-Opladen am Standort "Zur alten Fabrik"	13
4.1	Bürgerantrag vom 10.01.16 - Nr.: 2016/0929	13
4.2	Bürgerantrag vom 07.01.16 - m. erg. Schreiben v. 12.01.16 - Nr.: 2016/0922	13
4.3	Verwaltungsvorlage - m. erg. Schreiben v. 26.11.15 - m. Fragen der CDU-Fraktion v. 14.12.15 und Stn. v. 05.01.16 - m. Erg. v. 12.01.16 - Nr.: 2015/0865	13
5	Unterbringung von Flüchtlingen in Leverkusen	16

5.1	Haftpflichtversicherung für Flüchtlinge - Bürgerantrag vom 06.01.16 - Nr.: 2016/0925	16
5.2	Verkürzung von Karnevalszügen - Bürgerantrag vom 06.01.16 - Nr.: 2016/0926	16
5.3	Karneval mit Flüchtlingen - Bürgerantrag vom 13.01.16 - Nr.: 2016/0935	16
5.4	Aufnahmestopp von Flüchtlingen in Leverkusen - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 13.01.2016 - Nr.: 2016/0933	17
5.5	Verwaltungsvorlage - m. Anfrage des Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) v. 13.01.16 und Stn. v. 15.01.16 - Nr.: 2016/0950	17
6	Beteiligung der EVL an einer Gesellschaft zur Realisierung von Projekten im Bereich der Erneuerbaren Energien (Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG) - Erteilung von Weisungen nach § 113 Abs. 1 GO NRW - Nr.: 2015/0902	18

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Richrath eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt die Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Karl Lauterbach und Helmut Nowak sowie die Herren Jansen, Raithel, Schnitzler und Siebert von Straßen.NRW.

Herr Oberbürgermeister Richrath weist darauf hin, dass der WDR um Drehgenehmigung gebeten hat. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Er erklärt anschließend, dass Herr Born für leverkusen.com eine Drehgenehmigung für die Sitzung beantragt hat. Da davon auszugehen ist, dass er die Gesamtaufnahme fast vollständig in leverkusen.com abspielen lässt und sie dauerhaft archiviert, also für jedermann auf Dauer einsehbar sein wird, beabsichtigt Herr Oberbürgermeister Richrath, über diesen Wunsch auf Drehgenehmigung abstimmen zu lassen.

Zuvor weist er darauf hin, dass Ratsmitglieder und Mitglieder der Verwaltung mit Ausnahme der Beigeordneten und des Oberbürgermeisters aufgrund des Schutzes ihrer Persönlichkeitsrechte im Einzelfall die Aufnahme ihrer Wortbeiträge bzw. ihres Bildes verweigern können. Aus diesem Grund wird er nach einem positiven Beschluss über die Drehgenehmigung die Ratsmitglieder und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung fragen, wer von Ihnen für sich die Aufnahme und den Mitschnitt seines Wortbeitrages bzw. seines Bildes ablehnt.

Herr Oberbürgermeister Richrath lässt über den Antrag auf Drehgenehmigung abstimmen.

- einstimmig -

Wie angekündigt fragt Herr Oberbürgermeister Richrath anschließend ab, ob jemand von Rat oder Verwaltung für sich den Mitschnitt der Sitzung ablehnt. Hierzu meldet sich niemand.

Herr Oberbürgermeister Richrath erklärt, dass Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) ihn darum gebeten hat, die Verwaltungsvorlage Nr. 2016/0931 - „Resolution zum Um- und Ausbau der Bundesautobahnen A1 und A3 auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen“ - nach dem Antrag Nr. 2016/0934 der Fraktion BÜRGERLISTE - „Ersetzung der A 1 - Autobahnbrücke über den Rhein durch einen Tunnel“ - abstimmen zu lassen. Herr Oberbürgermeister Richrath hat dies über die Arbeitstagesordnung für die Resolution sowie den Ergänzungsantrag Nr. 2016/0939 vorgesehen. Inhaltlich ist dieser Wunsch nachvollzieh-

bar, da die Resolution nur dann beschlossen werden kann, wenn der Rat sich zuvor zu der großen Tunnellösung positioniert hat.

Gegen die verteilte Arbeitstagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Zu Tagesordnungspunkt 2 - „Um- und Ausbau der Bundesautobahnen A1 und A3 auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen“ - und zu Tagesordnungspunkt 3 - „Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Bundesautobahn A 1 zwischen der Anschlussstelle Köln-Niehl und dem Autobahnkreuz Leverkusen-West einschließlich Neubau der Rheinbrücke Leverkusen“ schlägt Herr Oberbürgermeister Richrath aufgrund der Bedeutung des Themas eine Aufhebung der Redezeitbegrenzung und aufgrund des Zusammenhangs eine verbundene Beratung vor. Hierüber lässt er abstimmen.

dafür: 43 (OB, 13 CDU, 14 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 4 BÜRGERLISTE, 3 OP, 2 PRO NRW, 2 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 1 (FDP)

Somit ist die Redezeitbegrenzung zu diesen Tagesordnungspunkten, die gemeinsam beraten werden, aufgehoben.

Zu diesen Tagesordnungspunkten hat außerdem Herr Dr. Knopf um Rederecht gebeten, da er eine Frage zum Vortrag von Straßen.NRW zur Machbarkeitsstudie hat sowie die Anträge der Fraktion BÜRGERLISTE kommentieren möchte.

Herr Oberbürgermeister Richrath lässt darüber abstimmen, ob ein Rederecht von 4 Minuten analog der Redezeit für Ratsmitglieder gemäß § 11 Abs. 6 der Geschäftsordnung gewährt wird.

- einstimmig -

Zu Tagesordnungspunkt 4.1 der öffentlichen Sitzung - „Unterbringung von Flüchtlingen in Leverkusen-Opladen am Standort "Zur alten Fabrik"“ - Bürgerantrag vom 10.01.16 - hat die Bürgerantragstellerin, Frau Röttgen, einen Antrag auf Rederecht gestellt. Herr Oberbürgermeister Richrath lässt darüber abstimmen, ob ein Rederecht von 4 Minuten analog der Redezeit für Ratsmitglieder gemäß § 11 Abs. 6 der Geschäftsordnung gewährt wird.

- einstimmig -

Zu Tagesordnungspunkt 4.2 der öffentlichen Sitzung - „Unterbringung von Flüchtlingen in Leverkusen-Opladen am Standort "Zur alten Fabrik"“ - Bürgerantrag vom 07.01.16 - hat der Bürgerantragsteller, Herr Dr. Becker, einen Antrag auf Rederecht gestellt. Herr Oberbürgermeister Richrath lässt darüber abstimmen, ob ein Rederecht von 4 Minuten analog der Redezeit für Ratsmitglieder gemäß § 11 Abs. 6 der Geschäftsordnung gewährt wird.

dafür: 41 (OB, 12 CDU, 14 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 4 BÜRGERLISTE, 3 OP, 2 PRO NRW, 1 FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)

keit)
dagegen: 3 (2 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Bürgerantrag Nr. 2016/0922 hat Herr Oberbürgermeister Richrath auf Wunsch und mit Einverständnis von Herrn Dr. Becker in der Tagesordnung hinter den Bürgerantrag Nr. 2016/0929 gesetzt, da der später eingegangene Bürgerantrag der Nachbarschaft grundsätzlichere Aussagen enthält, als dessen eher ergänzender Bürgerantrag.

- 2 Um- und Ausbau der Bundesautobahnen A1 und A3 auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen
- 2.1 Vorstellung der Ergebnisse aus der Machbarkeitsstudie zum Ausbau der A1 / A3 im Raum Leverkusen durch Straßen.NRW
- 2.2 Resolution zum Um- und Ausbau der Bundesautobahnen A1 und A3 auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen
- 2.2.1 Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 15.01.16
- Nr.: 2016/0939
- 2.2.2 Verwaltungsvorlage
- Nr.: 2016/0931
- 3 Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Bundesautobahn A 1 zwischen der Anschlussstelle Köln-Niehl und dem Autobahnkreuz Leverkusen-West einschließlich Neubau der Rheinbrücke Leverkusen
- 3.1 Einwendungen im Planfeststellungsverfahren zum Neubau der Autobahnbrücke der A 1
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 01.01.16
- m. Stn. v. 14.01.16
- Nr.: 2016/0907
- 3.2 Ersetzung der A 1 - Autobahnbrücke über den Rhein durch einen Tunnel
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 13.01.2016
- Nr.: 2016/0934
- 3.3 Ersatzbau der A 1 - Autobahnbrücke über den Rhein ohne Kapazitätserhöhung
- Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 14.01.16
- Nr.: 2016/0927
- 3.4 Verwaltungsvorlage
- Nr.: 2016/0915

Herr Schnitzler (Straßen.NRW) stellt zunächst die Ergebnisse aus der Mach-

barkeitsstudie anhand einer Beamer-Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Anschließend erhält Herr Dr. Knopf das Rederecht.

Im Verlauf der ausführlichen Diskussion stellt Rh. Eimermacher (CDU) folgende Fragen und bittet die Beantwortung dazu zu Protokoll zu nehmen:

1. Hat die Dimensionierung der endausgebauten neuen Brücke Auswirkungen auf eine mögliche sich daran anschließende Tunnellösung?
2. Hat die Verschiebung der Planfeststellungsgrenze des ersten Bauabschnittes um ca. 400 bis 500 Meter im Gegensatz zur ersten Darstellung Auswirkungen auf eine mögliche sich daran anschließende Tunnellösung?

Herr Jansen (Straßen.NRW) beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Zukünftig wird es auf der A1 vier durchgängige Fahrstreifen geben. Auf der Rheinbrücke wird es zukünftig bis zu sechs Fahrstreifen geben, was ausschließlich damit zusammenhängt, dass die Verknüpfung zwischen der Anschlussstelle Köln-Niehl und der Anschlussstelle Leverkusen-Zentrum berücksichtigt werden muss. Das heißt, es gibt eine zweistreifige Ausfahrt im Bereich des Kreuzes Leverkusen-West sowie eine zweistreifige Zufahrt in Richtung Köln in diesem Kreuz. Daraus resultieren bis zu 12 Fahrstreifen auf der Rheinbrücke. Dies alles hat jedoch keine Auswirkungen auf die Fortführung der A1 in Richtung des Leverkusener Kreuzes. Der Planungsauftrag lautete allerdings, für die Fortführung im Bereich der Stelze ebenfalls vier durchgängige Fahrstreifen anzusetzen.

2. Es gab keine Verschiebung der Planfeststellungsgrenze. Sie entspricht dem Stand, der bereits vor zwei Jahren vorgestellt wurde. Es wurde so geplant, dass eine Lösung für den ersten Planungsabschnitt keine Lösung für den zweiten Planungsabschnitt ausschließt. Dies wurde im Rahmen der Machbarkeitsstudie untersucht. Mit der Realisierung des ersten Planungsabschnittes, der Rheinbrücke, besteht weiterhin die Möglichkeit, alle denkbaren und sinnvollen Varianten für den zweiten Planungsabschnitt umzusetzen.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gibt die als Anlage 2 zur Niederschrift beigefügte Erklärung zu Protokoll.

Rh. Eimermacher (CDU) erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Antrag Nr. 2016/0927 nach ausführlicher und abschließender Diskussion nicht zustimmen wird.

Da der Antrag Nr. 2016/0907 in der Vorberatung von den Bezirksvertretungen in der gemeinsamen Sitzung durch die Stellungnahme der Verwaltung für erledigt erklärt wurde, lässt Herr Oberbürgermeister Richrath hierüber abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag Nr. 2016/0907 ist durch die Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

dafür: 38 (OB, 14 CDU, 13 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 1 FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 6 (4 BÜRGERLISTE, 2 PRO NRW)

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) beantragt, die Planungen nicht in drei Bauabschnitten und Planfeststellungsverfahren durchzuführen, sondern in gemeinsamer, ganzheitlicher und in aufeinander abgestimmter Form.

dafür: 4 (BÜRGERLISTE)

dagegen: 41 (OB, 14 CDU, 14 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 2 PRO NRW, 1 FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) beantragt, bei den Planungen grundsätzlich auf eine Öffnung/Abaggerung der Bayer-Giftmülldeponie zu verzichten.

dafür: 6 (4 BÜRGERLISTE, 2 PRO NRW)

dagegen: 36 (OB, 14 CDU, 14 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 1 FDP)

Enth.: 2 (Soziale Gerechtigkeit)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) beantragt, den Bau einer neuen Brücke in etwa der bisherigen Dimension gekoppelt mit einer Rheinquerung mittels Tunnel für den überörtlichen Durchgangsverkehr vergleichend zu den bisherigen Überlegungen durchzuplanen (sogenannte Kombilösung).

dafür: 6 (4 BÜRGERLISTE, 2 PRO NRW)

dagegen: 39 (OB, 14 CDU, 14 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 1 FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend lässt Herr Oberbürgermeister Richrath über den Antrag Nr. 2016/0934 abstimmen.

Beschluss:

Wie Antrag

dafür: 6 (4 BÜRGERLISTE, 2 PRO NRW)

dagegen: 39 (OB, 14 CDU, 14 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 1

FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Oberbürgermeister Richrath lässt daraufhin über den Ergänzungsantrag Nr. 2016/0939 abstimmen.

Beschluss:

Der Resolutionstext zum Um- und Ausbau der BAB A1 und A3 (Vorlage Nr. 2016/0931) wird wie folgt ergänzt:

5. das Planfeststellungsverfahren für den Brückenbau der A1 erst dann abzuschließen, wenn eine Entscheidung zum zweiten Bauabschnitt (Tunnel oder Stelze) vorliegt.

dafür: 21 (14 CDU, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP)
dagegen: 16 (OB, 14 SPD, 1 FDP)
Enth.: 8 (4 BÜRGERLISTE, 2 PRO NRW, 2 Soziale Gerechtigkeit)

Anschließend lässt Herr Oberbürgermeister Richrath über die Verwaltungsvorlage Nr. 2016/0931 einschließlich des soeben beschlossenen Ergänzungsantrages abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage 3 zur Niederschrift beigefügte Resolution zum Um- und Ausbau der Bundesautobahnen A1 und A3 auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen.

dafür: 22 (14 CDU, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 1 FDP)
dagegen: 4 (BÜRGERLISTE)
Enth.: 19 (OB, 14 SPD, 2 PRO NRW, 2 Soziale Gerechtigkeit)

Herr Oberbürgermeister Richrath lässt anschließend über den Antrag Nr. 2016/0927 abstimmen.

dafür: 8 (4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 4 BÜRGERLISTE)
dagegen: 35 (OB, 14 CDU, 14 SPD, 3 OP, 2 PRO NRW, 1 FDP)
Enth.: 2 (Soziale Gerechtigkeit)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Daraufhin lässt Herr Oberbürgermeister Richrath über die Verwaltungsvorlage Nr. 2016/0915 abstimmen.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) erklärt hierzu, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen wird, jedoch nicht der ersten Seite der Gesamtstellungnahme der Stadt.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage 4 zur Niederschrift beigefügte Stellungnahme der Stadt Leverkusen im Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Bundesautobahn A 1 zwischen der Anschlussstelle Köln-Niehl und dem Autobahnkreuz Leverkusen-West einschließlich des Neubaus der Rheinbrücke Leverkusen.

- einstimmig -

- 4 Unterbringung von Flüchtlingen in Leverkusen-Opladen am Standort "Zur alten Fabrik"
- 4.1 Bürgerantrag vom 10.01.16
- Nr.: 2016/0929
- 4.2 Bürgerantrag vom 07.01.16
- m. erg. Schreiben v. 12.01.16
- Nr.: 2016/0922
- 4.3 Verwaltungsvorlage
- m. erg. Schreiben v. 26.11.15
- m. Fragen der CDU-Fraktion v. 14.12.15 und Stn. v. 05.01.16
- m. Erg. v. 12.01.16
- Nr.: 2015/0865

Frau Röttgen erläutert ihren Bürgerantrag (siehe Anlage 5 zur Niederschrift).

Anschließend erläutert Herr Dr. Becker seinen Bürgerantrag. Sein Wortbeitrag ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.

Rh. Eimermacher (CDU) erklärt zu Protokoll, dass heute nur über den rosa eingefärbten Bereich, also den Bereich, der für die Flüchtlingsbelegung notwendig ist, abgestimmt werde. Er mache darauf aufmerksam, dass kein Präjudiz dafür geschaffen werde, wie es mit der weiteren Bebauung, die gelb eingefärbten Bereiche, weitergehe.

Ob es da zu einer Bebauung komme, und wenn ja, wie dann eine Gesamtbebauung aussehe, das werde man am Ende des Bauleitplanverfahrens sehen.

Er könne sich nicht vorstellen, dass die CDU eine Belegung mit zusätzlichen Personen, also quasi durch die Hintertür, mitmache. Man hätte dann eine Belegung mit Flüchtlingen und es würde schon vor Ablauf der Zeit an anderer Stelle, also im gelben Bereich, gebaut. Damit gäbe es dann eine deutlich höhere Belegung als das der aktuelle Kompromissvorschlag aufweise. Die Bedenken der Bürger könne er durchaus verstehen.

Die CDU-Fraktion erwarte als Ersatz für die wegfallende Gewerbefläche eine umgehende Erschließung des nicht für die ZUE benötigten Geländes an der Solinger Straße.

Rh. Pott (OP) bittet über die Vorlage mit folgender ergänzender Formulierung zu Punkt 1 des Beschlussentwurfes abzustimmen:

Die Verwaltung stellt sicher, dass

a) für alle darüber hinausgehenden Bedarfe an Flüchtlingsunterkünften, sofern diese entstehen, an anderer Stelle im Stadtgebiet Plätze geschaffen werden.

b) die Bebauung auf dem ca. 10.000 m² großen Gelände insgesamt nicht dichter geschieht als dies bei der Geschosswohnungsbebauung im Umfeld der Fall ist. Dies bedeutet eine Grundflächenzahl von 0,4.

Herr Oberbürgermeister Richrath fragt Rh. Pott, ob mit der Formulierung „an anderer Stelle im Stadtgebiet“ gemeint ist, dass die Plätze nicht in unmittelbarer Nähe des Geländes geschaffen werden sollen.

Rh. Pott (OP) bejaht dies.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) beantragt, die Vorlage insofern zu ändern, dass auf dem Gelände maximal bis zu 400 Personen (Flüchtlinge und sonstige Bewohner in Sozialwohnungen) untergebracht werden.

Rh. Beisicht (PRO NRW) bittet darum, über die Vorlage im Sinne der Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II, mit der Unterbringung von bis zu maximal 200 Flüchtlingen, abzustimmen.

Rh. Miesen (CDU) gibt die als Anlage 7 zur Niederschrift beigefügte Erklärung zu Protokoll.

Herr Oberbürgermeister Richrath lässt zunächst über die Unterbringung von bis zu maximal 200 Flüchtlingen im Sinne der Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II abstimmen.

dafür: 5 (2 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 2 PRO NRW,)

dagegen: 37 (OB, 11 CDU, 12 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 BÜRGERLISTE, 3 OP, 1 FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 2 (CDU)

Damit ist der Antrag abgelehnt und die Bürgeranträge Nrn. 2016/0929 und 2016/0922 sind erledigt.

Herr Oberbürgermeister Richrath lässt anschließend über den Antrag von Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) abstimmen, die Unterbringung auf bis zu maximal 400 Personen (Flüchtlinge und sonstige Bewohner in Sozialwohnungen) zu

begrenzen.

dafür: 8 (2 SPD, 4 BÜRGERLISTE, 2 PRO NRW)

dagegen: 36 (OB, 13 CDU, 12 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 1 FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Daraufhin lässt Herr Oberbürgermeister Richrath über die Verwaltungsvorlage einschließlich der Ergänzung vom 12.01.16 und der von Rh. Pott (OP) ergänzten Formulierung abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt das Projekt zur Unterbringung von Flüchtlingen im Bereich „Zur alten Fabrik“ in Leverkusen-Opladen zur Kenntnis und stimmt dem Standort zur Unterbringung von 400 bis zu 450 Flüchtlingen zu.

Die Verwaltung stellt sicher, dass

a) für alle darüber hinausgehenden Bedarfe an Flüchtlingsunterkünften, sofern diese entstehen, an anderer Stelle im Stadtgebiet Plätze geschaffen werden.

b) die Bebauung auf dem ca. 10.000 m² großen Gelände insgesamt nicht dichter geschieht als dies bei der Geschosswohnungsbebauung im Umfeld der Fall ist. Dies bedeutet eine Grundflächenzahl von 0,4.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle notwendigen Schritte innerhalb der Verwaltung zur Begleitung der Umsetzung und Anmietung des Vorhabens durchzuführen.
3. Sobald die Vertragskonditionen mit dem Eigentümer ausgehandelt sind, werden die Anwohner in einer Anwohnerinformation noch vor Beschlussfassung des Rates über diesen Vertrag über das Bauprojekt informiert.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes einzuleiten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, für diese an diesem Standort wegfallende Gewerbefläche Ersatzgewerbeflächen auszuweisen.

dafür: 31 (OB, 9 CDU, 12 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 1 FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 9 (2 CDU, 1 SPD, 4 BÜRGERLISTE, 2 PRO NRW)

Enth.: 4 (2 CDU, 1 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

5 Unterbringung von Flüchtlingen in Leverkusen

5.1 Haftpflichtversicherung für Flüchtlinge

- Bürgerantrag vom 06.01.16

- Nr.: 2016/0925

Beschluss:

Wie Bürgerantrag

dafür: 2 (PRO NRW)

dagegen: 39 (OB, 13 CDU, 12 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 4 BÜR-
GERLISTE, 3 OP, 1 FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)

Damit ist der Bürgerantrag abgelehnt.

5.2 Verkürzung von Karnevalszügen

- Bürgerantrag vom 06.01.16

- Nr.: 2016/0926

Beschluss:

Wie Bürgerantrag

- einstimmig dagegen -

Damit ist der Bürgerantrag abgelehnt.

5.3 Karneval mit Flüchtlingen

- Bürgerantrag vom 13.01.16

- Nr.: 2016/0935

Beschluss:

Wie Bürgerantrag

- einstimmig dagegen -

Damit ist der Bürgerantrag abgelehnt.

- 5.4 Aufnahme­stopp von Flüchtlingen in Leverkusen
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 13.01.2016
- Nr.: 2016/0933

Beschluss:

Wie Antrag

dafür: 6 (4 BÜRGERLISTE, 2 PRO NRW)
dagegen: 35 (OB, 13 CDU, 12 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 1
FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

- 5.5 Verwaltungsvorlage
- m. Anfrage des Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) v. 13.01.16 und Stn. v. 15.01.16
- Nr.: 2016/0950

Herr Beigeordneter Märtens erklärt, dass die vorgesehene Notunterkunft in der Stöckenstraße nach Abstimmungsgesprächen mit der Bezirksregierung nicht mehr als Landeseinrichtung sondern nur noch als kommunale Einrichtung betrieben werden kann.

Die Zeltstadt an der Heinrich-Lübke-Straße ist soweit fertiggestellt, dass die Johanniter mit Betriebsbeginn von der Heinrich-Brüning-Straße in die Heinrich-Lübke-Straße umziehen werden. Die Sporthalle Heinrich-Brüning-Straße wird zunächst für eine kommunale Belegung mit Flüchtlingen genutzt.

Mit Stand vom 13.01.16 gab es rund 160 kommunale Zuweisungen von Flüchtlingen, dies sind bereits mehr als 10 % der für das Jahr 2016 prognostizierten Zuweisungen von 1.500, so dass dringend weitere Kapazitäten benötigt werden.

Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) beantragt, die Vorlage zu vertagen.

dafür: 5 (3 BÜRGERLISTE, 2 PRO NRW)
dagegen: 34 (OB, 12 CDU, 13 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 1
FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. Der Rat legt als Planungsgrundlage für den Kapazitätsbedarf an Unterbringungsplätzen für Flüchtlinge in Leverkusen im Jahr 2016 die Zahl 1.500 Flüchtlinge (=~ 800.000 Flüchtlinge/ Deutschland) fest.

2. Die Verwaltung wird den Rat laufend über die aktuellen Entwicklungen informieren und entsprechende Maßnahmen entwickeln, um Veränderungen gegenüber der Planungsgrundlage und dem sich daraus ergebenden Platzbedarf wirksam begegnen zu können. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung beauftragt, das durch einen Investor vorgestellte Projekt im Stadtteil Manfort, detailliert zu prüfen und mit einer maximalen Unterbringungskapazität von 400 Unterbringungsplätzen auszuarbeiten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Überplanung der Einrichtung „Sandstraße“ zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Maßnahmen zur Realisierung einer Notunterkunft auf dem Standort Stöckenstraße umzusetzen.
5. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Bedarfsfalle die Sporthallen Heinrich-Brüning-Straße sowie Wuppertalstraße als Notunterkunft herzurichten.

dafür: 34 (OB, 12 CDU, 12 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 1 FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 6 (4 BÜRGERLISTE, 2 PRO NRW)
Enth.: 1 (CDU)

6 Beteiligung der EVL an einer Gesellschaft zur Realisierung von Projekten im Bereich der Erneuerbaren Energien (Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG)

- Erteilung von Weisungen nach § 113 Abs. 1 GO NRW
- Nr.: 2015/0902

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Leverkusen erteilt den Vertretern der Stadt Leverkusen gemäß § 113 Absatz 1 GO NRW in den Gremien der Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG Weisung, der Beteiligung an einer Gesellschaft zur Realisierung von Projekten im Bereich der Erneuerbaren Energien (Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG) nach Maßgabe der Begründung und der Anlagen der Vorlage zuzustimmen.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Anzeigeverfahren nach § 115 GO NRW bei der Bezirksregierung durchzuführen.

dafür: 40 (OB, 12 CDU, 13 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 4 BÜRGERLISTE, 2 OP, 2 PRO NRW, 1 FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 2 (1 CDU, 1 OP)

Herr Oberbürgermeister Richrath erklärt, dass er beabsichtigt, in einer sich anschließenden nichtöffentlichen Sitzung, den Rat über eine wichtige Angelegenheit gem. § 55 GO NRW zu informieren.

Herr Oberbürgermeister Richrath schließt die öffentliche Sitzung gegen 20:20 Uhr.

Uwe Richrath
Oberbürgermeister

Carsten Scholz
Schriftführer